

Erschienen in: Frank Niessen: *Entmachtet die Ökonomen! Warum die Politik neue Berater braucht*, Marburg: Tectum 2016, S. 7-10.

Geleitwort: Wider den politischen Ökonomismus

Albert Einstein wird das Bonmot nachgesagt, er sei Physiker geworden, weil ihm die Geistes- und Sozialwissenschaften als zu schwierig erschienen. Zu Letzteren zählen, so müsste man meinen, auch die Wirtschaftswissenschaften. Wirtschaftliche Aktivitäten finden ja nicht im sozialen Vakuum, sondern in gesellschaftlichen und politischen Kontexten statt. Ökonomie ist, so verstanden, unausweichlich *Sozialökonomie*. Im sozialen Raum treten stets Konflikte zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Interessen um knappe Ressourcen und Güter auf; die sozialökonomischen Verhältnisse bedürfen daher der *zivilisierenden* politischen Gestaltung. In einer wohlgeordneten Gesellschaft freier und gleichberechtigter BürgerInnen (*civil society*) müsste es selbstverständlich sein, dass auch und gerade das moderne „Wirtschaftsleben“ nicht ohne Einbezug sozialphilosophischer und politisch-ethischer Gesichtspunkte verstanden und vernünftig gestaltet werden kann. Ganz sachgerecht entwickelten daher die liberalen Klassiker von Adam Smith bis John Stuart Mill, um nur zwei der bedeutendsten Vordenker zu nennen, ihr Fach unter dem Leitbegriff der *Politischen Ökonomie*. Und nicht zufällig waren manche dieser Klassiker, so auch die beiden genannten, zugleich bedeutende Moralphilosophen.

So verstandene Politische Ökonomie ist den heutigen Fachvertretern offenbar – um an Einstein anzuknüpfen – zu schwierig. Seit ihrer neo-

klassischen Wende im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts orientiert sich die an den akademischen Wirtschaftsfakultäten fast ausschließlich gelehrt Standardökonomik oder eben *Mainstream Economics* viel lieber an den Methoden der Natur- als an jenen der Sozialwissenschaften. Dementsprechend versucht sie tatsächlich so etwas wie eine naturgesetzlich gedachte *Sozialphysik* zu entwerfen: eine Lehre von kontextfrei geltenden ökonomischen „Sachgesetzen“, die zu befolgen Inbegriff einer von ethischen Beurteilungen und politischen Interessen ganz unabhängigen, „reinen“ ökonomischen Vernunft sei. Solche Pseudo-Naturwissenschaft blendet alle (sich historisch verändernden) kulturellen, sozialen und politischen Zusammenhänge aus. Die aus so betriebener Ökonomik abgeleiteten politischen Empfehlungen leiden von vornherein unter grundlegenden Verkürzungen: Sie sind Ausdruck eines ökonomischen Sachzwangdenkens, das die marktwirtschaftlichen Wettbewerbsverhältnisse unkritisch normativ wendet: Statt für die vernünftige Einbettung der *Marktwirtschaft* in die Gesellschaft, in der wir leben möchten, zu argumentieren wird uns unter der Hand – die „unsichtbare Hand“ des Marktes (Adam Smith) lässt grüßen – eine mehr oder weniger totale *Marktgesellschaft* als Leitbild untergejubelt, in der das gesamte Leben und die ganze Welt dem Marktprinzip unterworfen werden.

Solange die Realpolitik diesen „wissenschaftlichen“ Empfehlungen von Experten der (nicht wirklich) reinen ökonomischen Vernunft folgt, schreitet denn auch die *Durchökonomisierung der Lebensverhältnisse* ungebremsst voran. Wer konkret treibt sie voran? Das liegt realpolitisch auf der Hand – nämlich vor allem in den durchaus sichtbaren Händen des politischen Lobbyismus mächtiger Wirtschaftsinteressen in Berlin, Brüssel, Washington etc. Wie weit ist solche Ökonomisierung legitim und wünschbar? Das kann von einer Wirt-

schaftswissenschaft, die sich von der Auseinandersetzung mit ihren normativen Voraussetzungen selbst abgeschnitten hat, in einer methodisch „disziplinierten“ Weise gar nicht beantwortet werden. Gerade weil sich die akademische Standardökonomik fraglos als wertfrei und interessenneutral missversteht, ist sie der Vereinnahmung durch mächtige Interessen und der Indienstnahme für deren ideologische Rechtfertigung ausgeliefert.

Die Gefahr und Tendenz der Vereinnahmung für herrschende Interessen ist umso größer, als die Wirtschaftstheorie aus ideengeschichtlichen Gründen seit jeher von Wirtschaftssubjekten ausgeht, die dem Status, Selbstverständnis und Weltbezug des frühmodernen *Besitzbürgers* entsprechen. Dieser ist damit beschäftigt, sein Kapital „rational“ – d.h. wertsteigernd – zu investieren; die Situation des besitzlosen Individuums, das sein einziges verwertbares Gut, nämlich seine Arbeitskraft, auf dem Arbeitsmarkt verkaufen muss, um sich und seine Familie davon ernähren zu können, ist nicht die seine. In der besitzbürgerlichen Denkwelt erscheinen Löhne und vieles mehr primär als Kosten, die es zwecks effizienter Kapitalverwertung zu „rationalisieren“, also zu minimieren gilt – für den Rest, nämlich für die Gemeinwohldienlichkeit solchen Wirtschaftens, sorgt in der konfliktfreien Idealwelt der „reinen“ Ökonomik die unsichtbare Hand des „freien“ Marktes. Es kommt politisch demnach nur darauf an, dass man die wohlstandvermehrenden Marktkräfte durch möglichst globale Deregulierung und durch die Entfesselung des Wettbewerbs ihr segensreiches Werk tun lässt. Kriterien, die unter Umständen *weniger* Wettbewerb auf *beschränkten* Märkten als rational erkennen lassen, kennt eine solche Ökonomik kaum.

Wenn diese Überlegungen zutreffen, greift aber auch die landläufige Kritik an der neoklassisch-neoliberalen Standardökonomik zu kurz. Der Haupteinwand geht üblicherweise nur dahin, dass ihre skizzierte Sozialphysik allzu *realitätsfern* modelliert sei und man deshalb auf ihrer Basis zu falschen wirtschaftspolitischen Einschätzungen und Empfehlungen gelange. Viel problematischer ist jedoch, dass die ökonomische Theorie als eine politische Ideologie fungiert, welche die Partikulärinteressen der wirtschaftlich starken Besitzbürger oder Kapitaleigner als identisch mit dem gesellschaftlichen Gesamtinteresse (Gemeinwohl) verklärt. Was als neutrale Sachlogik der Marktwirtschaft dargestellt wird, ist vor allem die parteiliche Interessenlogik des Kapitals (Kapitalismus). Und was fast noch schlimmer ist: Kaum jemand scheint es zu bemerken – weder die braven Studierenden noch die „Anwender“ in Praxis und Politik noch die Lehrkräfte des Mainstreams selbst. Wen wundert's, solange die Standardökonomik sich als *alternativlos* darstellt und alle Ansätze, die ein anderes Wissenschaftsverständnis vertreten und von konkurrierenden normativen Voraussetzungen ausgehen, unbesehen als unwissenschaftlich aus den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten ausgrenzt?

Der erste Schritt der geistigen Öffnung der herrschenden Ökonomik wird die bewusste Förderung eines *Pluralismus* von wirtschaftswissenschaftlichen Ansätzen in den Wirtschaftsfakultäten sein müssen. Interdisziplinäre Brückenschläge zu Ethik, politischer Philosophie und Sozialwissenschaften dürfen für akademische Nachwuchskräfte nicht mehr karriereverhindernd und identitätsbedrohend wirken; vielmehr müssen sie als sach- und problemgerecht und damit als Beitrag zum wissenschaftlichen Fortschritt wahrgenommen und anerkannt werden.

An dieser Öffnung des ökonomischen Denkens arbeitet das vorliegende Buch, und zwar in einer erfrischend eigenständigen und leicht verständlichen Weise. Typische standardökonomische Denkmuster werden anschaulich auf ihren Sinn oder Unsinn hin durchleuchtet. Daraus ergeben sich konkrete, wenn auch teilweise unbequeme Ansatzpunkte für eine andere, gesellschaftlich eingebettete und umweltverträgliche Sozialökonomie. Gewiss können die entworfenen Lösungsansätze nicht abschließender Art sein (und beanspruchen das auch gar nicht), aber sie geben Impulse, in welche Richtung das Denken über zukunftsfähiges Wirtschaften gehen könnte.

Den Schlachtruf „Entmachtet die Ökonomen!“ braucht man im Übrigen nicht als Diffamierung einer ganzen akademischen Profession zu verstehen. Worauf es wissenschafts- und wirtschaftspolitisch tatsächlich ankommt, ist die *Entmachtung des Ökonomismus*, das heißt des Glaubens der ökonomischen Rationalität an nichts als sich selbst. Es geht um das Aufbrechen der ideologieträchtigen Selbstgenügsamkeit der herrschenden Wirtschaftstheorie und um die Rückgewinnung des ethisch-politischen Gestaltungshorizonts, von dem her überhaupt erst reflektiert werden kann, was heutzutage als vernünftiges Wirtschaften gelten soll.

Peter Ulrich

(emeritierter Lehrstuhlinhaber und Leiter des Instituts für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen; Begründer der „Integrativen Wirtschaftsethik“, die mit der Erhellung der impliziten Normativität der ökonomischen Denkform ansetzt)